

18.02.2014

Entschließungsantrag

**der Fraktion der CDU
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN**

zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
„Kindertagespflege weiter professionalisieren und qualitativ absichern“
(LT-DRS 16/5024)

Bedeutung der Kindertagespflege weiter stärken

I. Ausgangslage

Die Kindertagespflege hat in den letzten Jahren einen enormen Bedeutungswandel erfahren und ist heute ein fester Bestandteil der Betreuungslandschaft.

In einem Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der Piraten (LT-DRS 16/5054) zum Antrag der Fraktion der FDP aus dem Jahr 2012 (LT-DRS 16/1272) werden die aktuellen Herausforderungen sowie die Weiterentwicklung der Kindertagespflegestrukturen zutreffend und ausführlich beschrieben.

Es ist bedauerlich, dass beide Initiativen in einer Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 13. Februar 2014 von den Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt worden sind. Dem Abstimmungsverhalten nach lehnen die regierungstragenden Fraktionen es ab:

1. die Kindertagespflege weiter zu professionalisieren und qualitativ abzusichern.
2. in Kooperation mit den einschlägig Beteiligten, wie den kommunalen Spitzenverbänden und dem Verband für Kindertagespflege, im Sinne einer Vereinheitlichung Empfehlungen bzw. Richtlinien für den Bereich der Kindertagespflege hinsichtlich:

Datum des Originals: 17.02.2014/Ausgegeben: 19.02.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

- einer besseren fachlich organisatorischen Einbindung – insbesondere Verbesserung der Beratungsinfrastruktur, pädagogischen Begleitung und Vermittlung auf kommunaler Ebene,
- der Betreuung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf,
- der Professionalisierungs- und Qualifizierungsaktivitäten für Tagespflegepersonen,
- einer leistungsorientierten Vergütung, die sicherstellt, dass öffentlich geförderte Tagespflegepersonen im Sinne der Gleichwertigkeit mit Angeboten der Kindertagesbetreuung beim Regelzeitangebot auf Zuzahlungen der Eltern neben den Elternbeiträgen verzichten können,
- der Fehlzeiten-, Ergänzungs- und Vertretungsregelungen,
- der Standards in der Großtagespflege und
- der Kooperation der Kindertagespflege mit den Kindertageseinrichtungen sowie des Übergangs von der Kindertagespflege zu den Kindertageseinrichtungen

zu erarbeiten und hieraus abzuleitende Handlungsnotwendigkeiten zügig anzugehen.

3. Unterstützungsbedarfe für die Betreuung von Kindern mit Behinderungen in der Kindertagespflege anzuerkennen und im Finanzierungssystem angemessen zu berücksichtigen.
4. sich in geeigneter Weise für eine Stärkung der Elternmitwirkung in der Kindertagespflege einzusetzen.

Umso verwunderlicher ist es, dass die rot-grüne Regierungskoalition eine Initiative (LT-DRS 16/5024) zum Thema Kindertagespflege auf den Weg gebracht hat, die am 19. Februar 2014 im Landtagsplenum beraten werden soll und nachweislich eine Vielzahl gleichlautender Textpassagen und Forderungen des ihrerseits abgelehnten Entschließungsantrags der drei Oppositionsfraktionen sowie des abgelehnten FDP-Ursprungsantrags aus dem Jahr 2012 beinhaltet. Das Vorgehen der Koalitionsfraktionen ist diesbezüglich nicht nur fachlich-inhaltlich sonderbar, sondern lässt Respekt vor der Urheberschaft und der Parlamentskultur vermissen, da jeglicher Verweis auf den FDP-Antrag aus dem Jahr 2012 unterbleibt.

Diese Ideenlosigkeit ist erschreckend. SPD und Grünen sind taktische Spielchen offensichtlich wichtiger als der sachorientierte und qualitative Erfolg der Kindertagesbetreuung. Die FDP-Initiative zur Stärkung der Kindertagespflege und Verbesserung der Betreuung von Kleinkindern durch Tagesmütter und -väter hätte bereits vor eineinhalb Jahren auf den Weg gebracht werden können.

II. Beschlussfassung

Der Landtag würdigt die Bedeutung der Arbeit von Tagespflegepersonen und bekennt sich dazu, dass die Kindertagespflege eine gleichberechtigte Säule der Kindertagesbetreuung neben der Betreuung in Kindertagesstätten ist. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Kindertagespflege weiter zu professionalisieren und qualitativ abzusichern.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. die Kindertagespflege weiter zu professionalisieren und qualitativ abzusichern.
2. in Kooperation mit den einschlägig Beteiligten, wie den kommunalen Spitzenverbänden und dem Verband für Kindertagespflege, im Sinne einer Vereinheitlichung Empfehlungen bzw. Richtlinien für den Bereich der Kindertagespflege hinsichtlich
 - einer besseren fachlich organisatorischen Einbindung – insbesondere Verbesserung der Beratungsinfrastruktur, pädagogischen Begleitung und Vermittlung auf kommunaler Ebene,
 - der Betreuung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf,
 - der Professionalisierungs- und Qualifizierungsaktivitäten für Tagespflegepersonen,
 - einer leistungsorientierten Vergütung, die sicherstellt, dass öffentlich geförderte Tagespflegepersonen im Sinne der Gleichwertigkeit mit Angeboten der Kindertagesbetreuung beim Regelzeitangebot auf Zuzahlungen der Eltern neben den Elternbeiträgen verzichten können,
 - der Fehlzeiten-, Ergänzungs- und Vertretungsregelungen,
 - der Standards in der Großtagespflege und
 - der Kooperation der Kindertagespflege mit den Kindertageseinrichtungen sowie des Übergangs von der Kindertagespflege zu den Kindertageseinrichtungenzu erarbeiten und hieraus abzuleitende Handlungsnotwendigkeiten zügig anzugehen.
3. Unterstützungsbedarfe für die Betreuung von Kindern mit Behinderungen in der Kindertagespflege anzuerkennen und im Finanzierungssystem angemessen zu berücksichtigen.
4. den Kommunen naheulegen, die Mittel, die sie vom Land nach dem Belastungsausgleichsgesetz Jugendhilfe (BAG-JH) vom 13. November 2012 für U3-Plätze in der Kindertagespflege erhalten, auch den Kindertagespflegestrukturen vor Ort zugute kommen zu lassen.
5. sich in geeigneter Weise für eine Stärkung der Elternmitwirkung in der Kindertagespflege einzusetzen.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Ursula Doppmeier
Bernhard Tenhumberg

und Fraktion

Christian Lindner
Christof Rasche
Dr. Joachim Stamp
Marcel Hafke

und Fraktion

Dr. Joachim Paul
Nico Kern
Daniel Düngel
Olaf Wegner

und Fraktion